

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 88 846 pbbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Professor Egon Bahr zu Klaus Moseleits Analyse der zweiten Phase der Entspannungspolitik: Mit dem Fall der Mauer endete die Ostpolitik.

Seite 1

**Dokumentation**  
Appell von 232 Bundestagsabgeordneten an die Weltbank: Eine Anti-Armuts-Strategie entwickeln.

Seite 4

**Rezension**  
Peter Manstein stellt das Buch "Eine Ethik für die Natur" von Mannon Andreas-Grisebach vor.

Seite 6

47. Jahrgang / 95

19. Mai 1982

### Mit dem Fall der Mauer endete die Ostpolitik

Zu Klaus Moseleits Analyse der zweiten Phase der Entspannungspolitik

Von Professor Egon Bahr

Hat die SPD mit ihrer Entspannungspolitik die DDR stabilisiert? War "Wandel durch Annäherung" so stark auf das Zusammenwirken auf Regierungsebene abgestellt, daß darüber Bürgerrechtsbewegungen und Dissidenten unterschätzt und vernachlässigt wurden? Diese und damit zusammenhängende Fragen sind Gegenstand kritischer Diskussion, bezeichnenderweise fast nur in Deutschland. Dabei hat diese nicht abgeschlossene Diskussion bereits ein Ergebnis erbracht, das der Öffentlichkeit, erstaunlicherweise sogar der SPD, kaum bewußt geworden ist: Offenbar wird anerkannt, daß die Sozialdemokratie für diesen Abschnitt europäischer und deutscher Geschichte der entscheidende Faktor gewesen ist. Ihre Politik hat Entwicklungen ausgelöst und Veränderungen bewirkt.

Soweit so gut, obwohl es durchaus selten ist, daß eine Partei in der Opposition Ansätze entwickelt, trotz zum Teil verleumderischer Angriffe sie durchhält und in der Regierungsverantwortung dann mit beachtlicher Konsequenz erfolgreich durchführt. Auch in den Bürgerrechtsbewegungen, seien sie deutsch, polnisch, tschechisch, russisch, baltisch oder ungarisch, wird diese "erste Phase der Entspannungspolitik" gelobt, faktisch ohne Einschränkung. Selbst im Lichte des Ergebnisses - deutsche Einheit und Ende der kommunistischen Regime - hat diese Beurteilung Bestand und erkennt damit an, daß diese Politik eine derartige Zeitenwende zwar beabsichtigt, aber nie plakativ auf ihre Fahnen schreiben konnte, zum Teil, weil sie sich nicht dem Vorwurf utopischer Spinnerel aussetzen wollte, zum Teil, weil sie den Regierungen in Osteuropa, Ihren unentbehrlichen Partnern, nicht die Zustimmung zu ihrer Abschaffung abverlangen durfte.

Aber der traditionell unterentwickelte Stolz der SPD auf ihre Leistungen ist noch unverständlicher, weil so diskutiert wird, als ob die SPD der entscheidende Faktor geblieben wäre, auch als sie nach dem Verlust der Regierungsverantwortung Ende 1982 wieder Opposition wurde. Kaum erwähnt wird noch, daß die Unionsparteien zusammen mit Albanien Helsinki 1975 abgelehnt haben, aber sich danach darauf beriefen fast wie auf die Bibel.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erzählung Örsman  
mit dem ersten Buch  
Kerstin-Pattis



Daß Kohl als Kanzler Kontinuität versprach und hielt, erscheint nicht so wichtig wie die Frage nach der Haltung der SPD ab 1983. Nicht die neuen ungebundenen Finanzkredite werden kritisch beleuchtet, sondern die "zweite Phase der Entspannungspolitik der SPD", als sei sie entscheidend für die nächsten acht Jahre gewesen, als hätte die SPD trotz des Machtverlustes im wesentlichen in der Opposition den Gang der Ereignisse bestimmt, als würde man ihr die Macht zumessen, die DDR ein Jahr, einen Monat früher zusammenbrechen zu lassen. Am Anfang einer kritischen Diskussion über Fehler, Versäumnisse oder Schuld sollte die Freude stehen, daß weniger die Bundesregierung oder die Union, sondern die SPD für entscheidend gehalten wird.

Eine solche Auffassung ist falsch und richtig; falsch, weil die SPD immer wußte, daß sie sich nicht an die Stelle der Regierung setzen, also staatenverbindliche Verträge abschließen konnte, richtig, weil ihr immer bewußt war, daß ihre Haltung auf dem Hintergrund der Vereinigung von SPD und KPD, die weitgehend Zwangsverschmelzung war, ungleich tiefere Wirkungen hätte als alles, was der "Klassenfeind CDU" äußerte. Genau diese beiden Faktoren der verlorenen und der verbleibenden Verantwortung standen für das Konzept Pate, daß als zweite Phase der SPD-Entspannungspolitik bezeichnet wurde.

Was kann man tun, auch und gerade in der Opposition, um das Konzept der Entspannungspolitik fortzusetzen, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um sie auf der gewünschten Linie festzuhalten, Druck auf die DDR auszuüben, um sie von der Versuchung abzuhalten, in die Konfrontation zurückzufallen, was um so näher lag, als Nachrüstung und Reagan dazu einluden, den Kalten Krieg wiederzubeleben. Hier traf sich sozialdemokratisches Interesse mit dem der neuen Bundesregierung, Erfolge der bisherigen Entspannung zu erhalten und die Sowjets zu überzeugen, daß dies auch in ihrem Interesse war, obwohl ihr Verhältnis zu den USA sich wieder stärker konfrontativ entwickelte. "Neben-Außenpolitik" war als Vorwurf gemeint, traf aber einen ernstgemeinten und erstaunlich erfolgreichen Versuch, sogar in der Opposition noch operativ politisch wirken zu können. Außerdem gab es keinen Grund, die eigene erfolgreiche Politik zu ändern, nur weil die neue Regierung sie übernahm.

Arbeitsgruppen auf der Parteebene mit der KPdSU und der SED wurden das Instrument, unter dem Gesichtspunkt der Nicht-Diskriminierung gefolgt von solchen mit der polnischen, tschechischen, ungarischen und bulgarischen Partei. Das lag um so näher, als in diesen Regimen schließlich die Partei und nicht die Regierung ausschlaggebend war. Wer mit der Partei ein Ergebnis erzielte, konnte sicher sein, daß die Regierung es durchführen würde. Ohne die eigene Regierung binden zu können, würde sie in die gewünschte Richtung gedrängt werden. Es hat funktioniert.

Wie das im einzelnen geschah, aber noch sehr viel mehr, untersucht Klaus Moseleit (die "zweite Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989, Europäische Hochschulschriften, Verlag Peter Lang). Seine Analyse der Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze mit einem ebenso zurückhaltenden wie provozierenden Vorwort von Willy Brandt ist interessant geschrieben, kritisch, kenntnisreich, zitatenebelegt, mit einer Chronik und einem ausführlichen Literaturverzeichnis versehen. Ich habe manches schon Vergessene wiederentdeckt, anderes damals wenig Beachtete zur Kenntnis genommen und Querverbindungen gezeigt bekommen, die ich in jenen Jahren nicht gesehen habe. Der Autor war als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Bundestagsabgeordneten in seiner beruflichen Praxis mit den Fragen und Problemen vertraut; das Vergrößerungsglas, mit dem er "die Innereien" betrachtet, muß allen willkommen sein, die sich mit dieser aufregenden Phase aufregender sozialdemokratischer Politik beschäftigen, aus welchem Blickwinkel auch immer.

Ich habe keine Lust, Interesse und Neugier auf die Arbeit von Moseleit zu schmälern, indem ich Höhepunkte seiner kritischen Analyse einer kritischen Analyse durch einen der Handelnden unterziehe. Ich möchte zwei Komplexe beleuchten, die Moseleit erwähnt, ohne sie systematisch im Rahmen seiner Arbeit aufarbeiten zu können. Sie haben sich zwischen 1988 und 1990 ergeben, als die SPD zum Teil von Kleinmut eingeholt und von Erfolg überholt wurde

Der erste Komplex betrifft die Dialektik des Ansatzes, den Status quo anzuerkennen, um ihn zu verändern. Das galt nicht nur für die DDR, sondern für den Ost-West-Konflikt überhaupt und da ganz besonders für seine reale Machtbasis, die militärischen Apparate sprich die Bündnisse. Sicherheitspartnerschaft sollte Abrüstung qualitativ auf einer so niedrigen Stufe bringen, daß bisherige Strategien abgelöst und die Bündnisse überhaupt überflüssig werden könnten. Das war eine Linie, die von "Rechten" wie von "Linken" in der SPD akzeptiert war, auch wenn letztere das erhofften, erstere zustimmten, weil sie es nicht erwarteten. Als der Zusammenbruch des östlichen Sicherheitssystems eintrat, waren alle überrascht.

Bis heute ist kaum bewußt geworden, daß der politische Zusammenbruch im Osten die europäischen Sicherheitsprobleme ungeklärt hinterlassen hat und der alte sozialdemokratische Ansatz der Sicherheitspartnerschaft, früher verketzert, nun international zu der Hoffnung geworden ist, die sich in der Charta von Paris, der Institutionalisierung der KSZE und in dem Konzept: Von Vancouver bis Wladiwostok ausdrückt. Wenn der Kooperationsrat der NATO sich weiterentwickelt, wird auch das westliche Bündnis seinen Charakter, vielleicht auch seinen Namen verändern. Es lohnt nicht mehr, über eine NATO zu streiten, an deren Tisch die früheren Gegner versammelt sind. Das ist Sicherheitspartnerschaft, auch wenn die SPD es nicht merkt.

Der andere Komplex betrifft eine seltsame Gemengelage. Vergrößert kann man sagen: Die jüngere Generation in der SPD war "linker", die ältere "rechter". Als die Einheit vor der Tür stand, brach die Dialektik auf, ob die Entspannungspolitik die Einheit ermöglichen oder überflüssig machen sollte. Die bisherigen Kraftfelder lösten sich auf, als die Älteren sich am Ziel ihrer Wünsche, nämlich der deutschen Einheit, sahen, während jüngere sich fast als Patrioten der alten Bundesrepublik empfanden. Der emotionale Generationenunterschied gegenüber der nationalen Frage in Westdeutschland wurde in der SPD besonders deutlich.

Er lähmte die Partei um so mehr, als jüngere Linke ihre Kritik an mangelnder Nähe zu den Bürgerrechtsbewegungen mit der Hoffnung in den Bürgerrechtsbewegungen auf Erhalt einer reformierten DDR verbanden: Gert Weiskirchen nahm beispielsweise einen Monat vor dem Fall der Mauer (PPP am 10. Oktober 1989) an, daß "der demokratische Sozialismus in der DDR eine wirkliche Chance hat, verwirklicht zu werden".

Die Ereignisse überstürzten sich. Die Frage, ob die oppositionelle SPD durch eine Politik der konspirativen Zusammenarbeit mit der Opposition in der DDR oder des öffentlichen Aufrufs zum Umsturz das Ende der DDR auch nur eine Woche oder einen Monat früher hätte herbeiführen können, ohne ein Blutbad zu riskieren, das nahe genug lag, ist im Rückblick lächerlich. Es ist schon gut, daß nicht erprobt wurde, ob die SPD ein so entscheidender Faktor war.

Auch die zweite Phase der Entspannungspolitik der SPD hat ihren Beitrag geleistet, die Einheit zu ermöglichen. Die Ostpolitik, die mit dem Bau der Mauer begann und mit ihrem Fall endete, hat ihren Platz in der europäischen Geschichte. Ihre Kontinuität hätte von einer SPD in der Regierungsverantwortung kaum eine andere Politik zugelassen als sie die Regierung Kohl führte, die bis zum letzten Tag die Hand am Puls der DDR-Regierung hielt und halten mußte.

(-/19. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

(Dieser Artikel erscheint auch in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift "Sozialist").

## DOKUMENTATION

### Die Weltbank-Gelder anders verwenden

232 Bundestagsabgeordnete aus allen im Bundestag vertretenen Parteien haben in einem gemeinsamen Brief an die Weltbank appelliert, eine Anti-Armut-Strategie zu entwickeln. Der Appell, an den Weltbank-Präsidenten Lewis Preston gerichtet, wurde von einer internationalen Parlamentarier-Initiative erarbeitet. In der Bundesrepublik liegt die Federführung bei dem SPD-Politiker und Vorsitzenden des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Professor Dr. Uwe Holtz. Der Brief, der dem Weltbank-Präsidenten am 28. Mai übergeben werden soll, wurde bisher von 98 Mitgliedern der Unions-Fraktion, 108 der SPD-Fraktion, 19 der FDP-Fraktion, einem Mitglied der PDS/Linke Liste und sechs Mitgliedern des Bündnis 90/Grüne unterzeichnet.

Sehr geehrter Herr Preston,

als Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die das Bemühen Ihrer Bank um Armutsbekämpfung unterstützen, gratulieren wir zu Ihrer eindrucksvollen Stellungnahme in Bangkok zum Thema Armut. Unsere Beziehung zu Ihrem Vorgänger, Herrn Barber Conable, war fruchtbar. Wir würden uns freuen, den Kontakt zu Ihnen in gleicher Weise konstruktiv fortsetzen zu können. Nachdem nun die Mittelzuweisung an die IDA verhandelt wird, möchten wir Ihnen einige unserer Anliegen nennen, die Ihre Bank betreffen.

Wir freuen uns über den zunehmenden internationalen Konsens darüber, der Armutsbekämpfung höhere Priorität zu geben, um eine solide und dauerhafte Entwicklung zu erreichen. Daß der Bericht Ihrer Bank zur Weltentwicklung 1990 das Thema "Armut" gezielt behandelt hat, war ein konstruktiver Beitrag zum intensiver werdenden Dialog über die Strategien zur Armutsbekämpfung. Dieser wurde auf dem Weltgipfel für Kinder fortgeführt und wird wohl eines der zentralen Themen sein des kommenden UN-Gipfels für Umwelt und Entwicklung.

Wir sind bereits seit einiger Zeit daran interessiert sicherzustellen, daß Ihre Bank der Reduzierung extremer Armut hohe Priorität einräumt. Bei der Mittelzuweisung an die IDA halten wir es für eine Schlüsselfrage, welcher Anteil dieser Mittel die Armen in den Entwicklungsländern wirklich erreicht.

Die ersten Schritte Ihrer Bank, dem Problem der Armut zu begegnen, sind ermutigend. So bekundete sie während des Weltkindergipfels die Absicht, den Anteil der Kredite für Basisgesundheitsfürsorge auf fünf Prozent der Gesamtkredite zu erhöhen und außerdem den Anteil für Grundbildung wesentlich zu erhöhen. Basisgesundheitsfürsorge und Grundbildung sind entscheidend im Kampf gegen Armut. Wir bitten Sie daher dringend, dafür zu sorgen, daß der Fünf-Prozent-Anteil als Grundstock sowohl der Basisgesundheitsfürsorge als auch der Grundbildung festgeschrieben wird. Unter Basisgesundheitsfürsorge verstehen wir elementare Gesundheitsversorgung in einer Sanitärstation oder einer Klinik.

UNICEF schätzt, daß in dem verwandten Bereich "Wasser und sanitäre Anlagen" 80 Prozent der weltweiten Ausgaben für relativ teure Technik aufgewendet werden, die mehr als \$ 500 pro Person kosten, anstatt für billigere Techniken, die weniger als \$ 30 pro Person kosten. Wir glauben, Ihre Bank sollte erwägen, den Anteil der Kredite für billigere Lösungen zu erhöhen.

Bei Wasser und sanitären Anlagen werden - ebenso wie in anderen Bereichen - die Zusammenhänge zwischen Armut und Umweltzerstörung in zunehmendem Maße deutlich. Wir empfehlen daher Ihrer Bank, die Umweltaeilung zu verstärken. Gerade mit Blick auf die Armut halten wir es für zweckmäßig, mit Umweltfragen vertraute Mitarbeiter schon zu Beginn der Planung von Projekten Ihrer Bank zu beteiligen.

Ganz allgemein gesehen wird es immer wichtiger, die Kredite Ihrer Bank davon abhängig zu machen, inwieweit ein kreditnehmendes Land effektive Strategien zur Bekämpfung von Armut einsetzt. Um den Ländern bei der Entwicklung und Anwendung solcher Strategien zu helfen, sollten "Anti-Armut-Darlehen" in signifikanter Anzahl an folgende Ziele gekoppelt sein: die Anzahl in Armut lebender Menschen zu senken und die Reform jener bestehenden Einrichtungen voranzutreiben, die die Armut vergrößern. Kredite könnten somit in Beziehung gesetzt werden zu Steuern, Subventionen, militärischen und sozialen Ausgaben, Landbesitz und Krediten für Arme.

Umfassende "Anti-Armut-Darlehen" wären besonders in den großen südasiatischen Ländern sinnvoll, wo ungefähr die Hälfte der armen Menschen der Welt leben, ebenso wie in den großen afrikanischen Ländern. Schließlich würden wir es wünschen, daß ein wesentlich größerer Anteil der Kredite Ihrer Bank solchen Programmen zugute kommt, die gezielt Armut bekämpfen.

Da wir großen Wert auf die Gewißheit legen, daß Gelder die Armen in der Tat erreichen, werden wir jenen Anteil der Kredite Ihrer Bank sehr genau beobachten, der den Armen gewidmet ist, speziell den Frauen mit geringem Einkommen und den ärmsten der Armen.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen an diesem Problem weiter zu arbeiten.

Hochachtungsvoll

gez. Professor Dr. Uwe Holtz MdB, (Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit), gez. Dr. Harald Schreiber MdB (Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit), gez. Professor Dr. Winfried Pinger MdB (Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion), gez. Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB (Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion) und Ingrid Walz MdB (Entwicklungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion).

(-/19. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## REZENSION

### Ausbruch aus dem anthropozentrischen Käfig

Manon Andreas-Grisebach; Eine Ethik für die Natur; mit einem Beitrag von F. Hundertwasser; Friedensvertrag mit der Natur, Zürich 1991, Ammann Verlag, 223 Seiten, geb., 34 DM.

Das Buch verdeutlicht, daß das Verhältnis des Menschen zur Natur, ob nun belebt oder als materielle Lebensgrundlage, von Anfang an einen Konstruktionsfehler gehabt hat: Es war und ist anthropozentrisch in einem unglaublichen Ausmaß. Von der Kunst bis zur Ethik, ganz zu schweigen von der Ökonomie, meist dreht sich bei der selbstemannten "Krone der Schöpfung" alles um sich selbst und seinesgleichen, im Guten wie im Schlechten.

Die globale Zuspitzung der ökologischen Not macht die Suche nach Auswegen überlebensnotwendig, falls man sich nicht damit zufrieden geben will, daß ja schon Milliarden von Jahren gelebt worden ist oder mit dem Zynismus, den Menschen einfach als Naturkatastrophe abzuhaken und fröhlich Richtung Abgrund zu tanzen.

Die Autorin zeigt vielfältige Ansatzpunkte, seien sie sinnlicher, gefühlsmäßiger, wissenschaftlicher oder juristischer Art (Natur als Mündel), um aus dem anthropozentrischen Käfig hinauszukommen, ohne dabei ins andere Extrem, der Naturanhimmelung zu verfallen. Für eingefleischte Utilitaristen: Nur eine wirklich konsequente Anthropozentrik beendet die selbstzerstörerische Tendenz! Diese Grenzüberschreitungen hin zu einer umfassenderen, ganzheitlichen Ethik sind nicht breit ausgearbeitet, sondern eher essayistisch skizziert. Sie sollen so für eine offene, flexible Haltung stehen, die dem Gesamtkomplex Leben angemessener ist als ein festgezurtes ethisches System.

Nachteilig wirkt sich die impressionistische Methodik aus, wenn gewisse Denker - Wagner, Singer - zustimmend zitiert werden, die, beachtet man die antisemitisch-rassistischen beziehungsweise eugenischen Komponenten ihrer Gesamtkonzepte, nie und nimmer zustimmungsfähig sind.

Was überhaupt in dem Buch zu kurz kommt, ist der Zusammenhang zwischen den Verkorkstheiten der Gesellschaft und des anthropozentrischen Grundübels. Begünstigt zum Beispiel die Brutalität des Menschen gegen Tier, Pflanze und materielle Lebensgrundlage nicht auch die gegen seine Artgenossen, ja gegen sich selbst und umgekehrt?

Nachhaltige beeindruckend ist aber das Plädoyer der Autorin für einen fundamentalen ethischen Perspektivenwechsel.

Peter Mansteln

(-/19. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*